



STAATSKANZLEI

Mainz, 30.10.2020

www.rlp.de

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Andrea Bähler
Sprecherin der Landesregierung
Telefon 06131 16-4720
Telefax 06131 16-4091

Almut Rusbüldt
Stellvertretende Sprecherin
der Landesregierung
Telefon 06131 16-4697
Telefax 06131 16-4666

Janosch Littig
Stellvertretender Sprecher
der Landesregierung
Telefon 06131 16-5701
Telefax 06131 16-4666

pressestelle@stk.rlp.de

Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

**Regierungserklärung von
Ministerpräsidentin Malu Dreyer
zur Corona-Pandemie**

112. Plenarsitzung am 30. Oktober 2020

**Redemanuskript
Es gilt das gesprochene Wort.
Sperrfrist: Redebeginn**



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 30.10.2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

sehr geehrte Herren und Damen Abgeordnete,

sehr geehrte Gäste,

es ist gut, dass der Landtag von Rheinland-Pfalz zu einer Sondersitzung zusammenkommt. Zusammen mit den Fraktionen der Regierungskoalition habe ich um diese Sondersitzung gebeten. Denn vor uns liegt eine riesige Kraftanstrengung. Mit vereinten Kräften müssen wir es schaffen, die zweite Welle der Corona-Pandemie zu brechen. Die Debatte heute ist wichtig, weil wir eine breite Beteiligung des Parlaments wollen. Und weil wir nur dann Erfolg haben, wenn die Bürger und Bürgerinnen die Schutzmaßnahmen mittragen.

Die zweite Corona-Welle trifft uns mit voller Wucht.

Heute meldet das RKI einen neuen Höchststand von über 18.600 Neuinfektionen. In Rheinland-Pfalz sind es über 600 – jeden Tag. Und die Zahlen steigen weiter in rasanter Geschwindigkeit. Noch vor zwei Wochen hatten wir nur einzelne Corona-Hot-Spots. Mittlerweile ist fast die gesamte Landkarte rot. Stand heute werden bei uns schon mehr Menschen mit COVID-19 in den Krankenhäusern behandelt als im März.

Auch bei uns haben sich die Menschen, die mit Corona auf den Intensivstationen liegen, seit dem Sommer verzehnfacht.

Noch dramatischer hat es unsere europäischen Nachbarn getroffen. Hier ist das Virus schon so weit verbreitet, dass dort nicht mehr jeder die medizinische Behandlung bekommen kann, die er braucht.

Die kritische Marke, bei der die Gesundheitsämter die Ansteckungen noch nachverfolgen können, liegt bei 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner und Einwohnerinnen in sieben Tagen. Diese Marke haben wir auch in Rheinland-Pfalz an fast allen Orten überschritten. Eine wirksame Unterbrechung von Infektionsketten ist nicht mehr möglich.

Wenn wir die Welle jetzt nicht brechen, dann infizieren sich absehbar immer mehr Menschen; immer mehr Menschen müssen in Quarantäne, erkranken schwer oder



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 30.10.2020

sterben sogar durch COVID-19. Wenn die Infektionszahlen nicht gesenkt werden, halten wir durch die Erkrankung der Beschäftigten, zum Beispiel bei der Polizei, im Rettungs- oder Gesundheitswesen, unsere Infrastruktur auch personell nicht mehr aufrecht.

Und wir können nicht mehr garantieren, dass alle Kranken in den Krankenhäusern versorgt werden. Auch die Wirtschaft nimmt erheblichen Schaden.

In eine solche Lage, meine sehr verehrten Herren und Damen Abgeordnete, will ich unser Land nicht bringen. Das kann und will ich nicht verantworten. Und meine Kollegen und Kolleginnen in den anderen Ländern, ganz gleich welcher Partei sie angehören, haben dieselbe Entscheidung getroffen. Deshalb haben die 16 Ministerpräsidenten und -präsidentinnen der Länder gemeinsam mit der Bundeskanzlerin am Mittwoch einstimmig den Beschluss gefasst, das persönliche Leben zum zweiten Mal drastisch einzuschränken. Bund und Länder handeln gemeinsam und sie handeln entschlossen. Wir müssen im November all unsere Kontakte auf ein Minimum beschränken. Denn nur durch einen Verzicht auf direkte Begegnungen verhindern wir, dass das Virus sich weiter unkontrolliert verbreitet.

Konkret haben wir beschlossen, dass ab Montag im gesamten Bundesgebiet viele Einrichtungen geschlossen werden. Dazu zählen Theater, Kinos oder Freizeitparks ebenso wie Schwimmbäder und Fitnessstudios. Cafés und Restaurants müssen wieder auf einen Abhol- und Lieferbetrieb umstellen. Der Profisport darf nur noch ohne Zuschauer stattfinden.

Für den Alltag gelten strenge Kontaktbeschränkungen: Menschen dürfen sich nur noch mit einem weiteren Hausstand treffen, insgesamt dürfen nicht mehr als zehn Personen zusammenkommen. Zu den einzelnen Maßnahmen wird noch heute die Rechtsverordnung veröffentlicht, die Montag in Kraft tritt.

Wichtig ist: Wir haben aus dem Frühjahr gelernt. Schulen und Kitas sollen so lange wie möglich offenbleiben. Unsere Kinder und Jugendlichen dürfen nicht zu Verlierern der Krise werden! Um Schule in Präsenzform weiter zu ermöglichen, gilt deshalb landesweit ab Montag an allen weiterführenden Schulen die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Schutzbedeckung auch im Unterricht. Und damit in jeder Schule für den



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 30.10.2020

Notfall auch genug Masken und Desinfektionsmittel vorhanden ist, stellen wir den Schulen und Schulträgern nochmal 500.000 Masken und 50.000 Liter Desinfektionsmittel zur Verfügung. Altenheime und Krankenhäuser unterstützen wir durch Testungen, damit es nicht wieder zu einer Situation kommen muss, dass alte oder kranke Menschen wochenlang allein und ohne Besuch in einem Zimmer leben oder dass Angehörige sich von Sterbenden nicht verabschieden können. Auch unsere Unternehmen sollen so weit wie möglich den Betrieb aufrechterhalten; Geschäfte bleiben mit erweiterten Hygieneauflagen geöffnet.

Ich weiß: Die Einschränkungen, die wir den Bürgern und Bürgerinnen im kommenden Monat abverlangen, sind einschneidend. Sie nehmen uns wieder vieles von dem, was das Leben schön macht: Geselligkeit, Sport mit anderen und Kulturveranstaltungen. Und ich weiß auch: Die Maßnahmen betreffen alle, aber sie treffen nicht alle gleichermaßen hart.

Für Gastronomen und Gastronominnen, Hoteliers, Künstler und Künstlerinnen und andere betroffene Bereiche kommt ein erheblicher materieller Schaden dazu.

Die Corona-Pandemie stellt die Kunst und Kultur, die wir doch gerade in einer Krise so sehr brauchen, vor besondere Herausforderungen. Denn sie öffnet Denkräume und ist der notwendige Spiegel der Gesellschaft. Deswegen ist mir wichtig, dass auch die Kulturschaffenden, die jetzt eine besondere Last tragen, unterstützt werden.

Viele Veranstalter, Gastronomen oder Hoteliers haben in den letzten Monaten Phantasie, Kraft und auch einiges Geld in Hygienekonzepte gesteckt und sie fragen jetzt zu recht: War das alles umsonst? Wenn doch die Schutzmaßnahmen eingehalten werden und das Infektionsrisiko gering ist – warum soll dann das Restaurant zum Beispiel oder das Fitnessstudio geschlossen werden?

Die Antwort liegt nicht im Hygienekonzept, sondern im Charakter des Virus. Die Hygienepläne bleiben richtig und wichtig. Aber wir können die zweite Welle der Corona-Pandemie nur brechen, wenn wir dem Virus die Möglichkeit nehmen, auf andere Personen überzuspringen.



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 30.10.2020

Deshalb müssen wir jetzt wieder für einen begrenzten Zeitraum auf eine flächendeckende Strategie umschwenken und die Zahl der Menschen, die sich begegnen, drastisch verringern.

Es dürfen einfach nicht mehr so viele Menschen an einem Ort zusammenkommen, besonders nicht in geschlossenen Räumen ohne Maske.

All denen, die nun schon zum zweiten Mal in diesem Jahr coronabedingt ihre Türen schließen müssen, versichere ich aber: Wir lassen Sie nicht allein!

Ich konnte dem Beschluss auch deshalb zustimmen, weil er konkrete Hilfen für unsere heimische Wirtschaft umfasst, für Unternehmen, Betriebe, Selbständige, Vereine und Einrichtungen. Dazu gehören auch die Solo-Selbständigen. Diese konkreten Hilfen sind mir und meiner Landesregierung außerordentlich wichtig. Um finanzielle Ausfälle zu entschädigen, wird der Bund eine Nothilfe gewähren.

Die Bundesregierung ist jetzt in der Verantwortung, die zugesagten Hilfen schnell und unbürokratisch zur Verfügung zu stellen. Dafür hat die Bundeskanzlerin den Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen uns ihr Wort gegeben. Darauf verlasse ich mich.

Demnach bekommen Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten sowie alle Vorgenannten 75 Prozent des Umsatzes des Vorjahresmonats erstattet. Hilfen gibt es auch für die mit über 50 Beschäftigten. Die Finanzhilfen werden insgesamt ein Volumen von bis zu 10 Milliarden Euro haben. Zudem wird der KfW-Schnellkredit erweitert und für sehr kleine Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern geöffnet.

Gleichzeitig werden bereits bestehende Hilfen für hauptbetroffene Wirtschaftsbereiche über den Jahreswechsel hinaus verlängert und die Konditionen verbessert.

Dabei geht es zum Beispiel um die Kultur- und Veranstaltungswirtschaft sowie die Soloselbständigen.

Sobald die Eckpunkte des Bundes vorliegen, können wir als Land unsere Gastronomie unterstützen, die Hotels und Kultureinrichtungen in Rheinland-Pfalz, aber auch die Soloselbständigen und vielen Veranstalter.



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 30.10.2020

Lassen Sie mich noch ein Wort sagen zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der Maßnahmen, zu ihrer demokratischen Legitimation und der Beteiligung der Parlamente in dieser Pandemie-Situation.

Auf der Basis wissenschaftlicher Expertise und in intensiver Beratung sind wir Länderchefs zusammen mit der Bundeskanzlerin zu dem Schluss gekommen, dass die jetzt eingeleiteten Maßnahmen die richtigen sind, um die Infektionszahlen in Deutschland wieder auf ein beherrschbares Maß zu senken. Sie sind geeignet, angemessen und erforderlich. Vor diesem Hintergrund halten wir diese Maßnahmen für den begrenzten Zeitraum von vier Wochen für verhältnismäßig und für verfassungsgemäß.

Natürlich gilt aber auch: Noch nie in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik hat der Staat so lange und so tief in die Grundrechte seiner Bürger und Bürgerinnen eingegriffen. Deshalb habe ich wirklich großen Respekt vor anderen Auffassungen innerhalb des demokratischen Spektrums. Und deshalb ist es gut und richtig, dass die rechtlichen Grundlagen für diese Eingriffe immer wieder durch die Parlamente und die Öffentlichkeit geprüft und debattiert werden. Das ist ein Zeichen der Stärke unserer offenen und freiheitlichen Demokratie.

Ich begrüße deshalb, dass mehrere Fraktionen im Deutschen Bundestag das Bundesinfektionsschutzgesetz anpassen wollen, um der Dauer und Eingriffstiefe der Maßnahmen Rechnung zu tragen.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken, dass Sie, verehrte Abgeordnete, in großer Mehrheit die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie begleitet und unterstützt haben.

Ich habe seit März mehrere Regierungserklärungen abgegeben.

Die Landesregierung hat regelmäßig mit den Fraktionsvorsitzenden im Ältestenrat des Landtags sowie in den Ausschüssen debattiert und an den Sitzungen der Corona-Enquete-Kommission teilgenommen, die die längerfristige Perspektive im Umgang mit einer Pandemie verfolgt.



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 30.10.2020

Sie als Herren und Damen Abgeordnete haben sich in vielen Sitzungen mit dem Corona-Nachtragshaushalt befasst. Der Haushalt ist eine der zentralen Handlungsgrundlagen der Regierung. Und er wird hier im Parlament beschlossen.

In Rheinland-Pfalz ist der Landtag zu den Corona-Maßnahmen also regelmäßig und umfassend beteiligt worden. Wer deshalb in diesem Parlament behauptet, er sei nicht einbezogen worden oder das Handeln der Regierung sei selbstherrlich, verbreitet wider besseres Wissen Fehlinformationen!

Als Regierung kommen wir unserer Verantwortung umfänglich nach. Rheinland-Pfalz erfüllt die Aufgaben, die uns das Bundesinfektionsgesetz überträgt. Damit handeln wir klar auf der Basis der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik.

Zum Schluss ist mir wichtig zu betonen: die Stärke unseres Landes in dieser Pandemie liegt auch in der Stärke unserer Städte und Kommunen. Ich bin mit unseren Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen, den Landräten und –rätinnen, mit Gesundheitsämtern und Krankenhäusern im engen Kontakt.

Sie alle leisten Hervorragendes, oft bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit. Die Task Forces vor Ort, die vom Präsidenten des Landesamtes gesteuert werden, haben beste Arbeit gemacht. Für all das sage ich auch an dieser Stelle sehr herzlich danke!

Vor uns liegen harte Wochen. Aber es gibt auch Grund für Zuversicht.

Zusätzlich zu den bekannten PCR-Tests liegen jetzt auch Antigen-Schnelltests vor. Sie ermöglichen gerade in Einrichtungen der Pflege schnelle Basistests von Bewohnern und Bewohnerinnen, Beschäftigten und Besuchspersonen.

Und die Welt schaut mit großer Hoffnung auf die Mainzer Firma BioNTech, die bei der Entwicklung eines Impfstoffs schon sehr weit gekommen ist.

Vor allem aber setze ich auf Sie, auf die Menschen in Rheinland-Pfalz. Ich weiß, dass die Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälzerinnen zusammenhalten, wenn es drauf ankommt. Dass sie nicht nur sich selber sehen, sondern wissen, dass jeder und jede, die sich nicht an die Schutzmaßnahmen hält, auch andere gefährdet.



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 30.10.2020

Ich bedanke mich für das Engagement so vieler: bei den Ärzten und dem Pflegepersonal, den Busfahrern und Busfahrerinnen, den Verkäuferinnen und Verkäufern und den vielen vielen Ehrenamtlichen.

Wenn ich auf die Menschen in unserem Land schaue, bin ich zuversichtlich: gemeinsam sind wir stärker als das Virus!

Vielen Dank.